

stadt **rot** info

Breiter Protest gegen Nazi-Aufmarsch

Über 1.200 Menschen demonstrieren in Essen

Seite 2



Offene Fragen zur Offenen Ganztagschule

Seite 4



Abschiebung von Libanesen: Kommunale Härtefallkommission!

Handlungsspielräume gegen Abschiebungen nutzen!

Seite 4

JobSucher-Ticket für Alg II-Bezieher!

PDS schlägt verbilligte VRR-Monatskarte vor

Ganze 20,70 Euro im Monat hat die Bundesregierung bei der Berechnung des Regelsatzes für das Arbeitslosengeld II für Fahrtkosten jeglicher Art vorgesehen. Dieser Betrag ist in den Monatssatz von 345 Euro eingerechnet worden – und kein Cent mehr. Mit 20 Euro kommt man nicht weit, meint die PDS-Ratsgruppe: Ein Monatsticket der EVAG für Preisstufe A, das nur in Essen gültig ist, kostet schon 52,60 Euro und auch billigere Tickets liegen alle darüber. Dem soll das JobSucher-Ticket Abhilfe schaffen.

Einen entsprechenden Antrag zur Einführung einer Einführung einer stark verbilligten Monatsfahrkarte für Bezieherinnen und Bezieher von Alg II hat die PDS-Ratsgruppe für die nächste Ratssitzung am 27. April 2005 gestellt.

JobSucher-Ticket soll das Ticket heißen, weil sich Alg II-Bezieher in einer besonderen Zwickmühle befinden, aus der sie allein nicht herauskommen. Einerseits müssen sie eine intensive Arbeitssuche nachweisen, und dazu gehören natürlich auch Vorstellungsgespräche oder Besuche im Vermittlungszentrum der Arbeitsagentur, wo es z.B. Computer mit Internetzugang gibt. Andererseits reicht das Geld sowieso vorne und hinten nicht. Wo sollen sie sich zusätzlich etwas für Fahrtkosten abzwacken? Wenn Alg II-Bezieher keine intensive Arbeitssuche nachweisen können, können die JobCenter sogar mit Sanktionen in Form von Kürzungen des Alg II reagieren.

Nach Vorstellung der PDS-Ratsgruppe soll das Jobsucher-Ticket 20 Euro im Monat kosten und möglichst nicht nur in Essen gültig sein, sondern im gesamten Gebiet des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr (VRR). Schließlich wird von Arbeitssuchenden eine zumindest regionale Mobilität erwartet.

Vorbilder für ein solches verbilligtes Angebot gibt es bereits. Die EVAG bzw. der VRR machen bestimmten Gruppen spezielle

Angebote – schon um neue Kunden zu gewinnen und die öffentlichen Verkehrsmittel besser auszunutzen. Das Schoko-Ticket für Schüler/innen kostet 21,85 Euro im Monat und gilt im ganzen VRR-Gebiet. Das gleiche gilt für

das noch billigere Semesterticket für Studierende. Diese Gruppe hat für 11,38 Euro freie Fahrt im ganzen VRR. Firmentickets, mit denen ganze Belegschaften mit deutlichen Rabatten fahren können, sind ein weiteres Beispiel für vorhandene verbilligte Angebote von EVAG und VRR. Firmentickets kosten zwischen 25,51 Euro bis 50,74 Euro, sind also auch noch deutlich billiger, als der Normalpreis.

Der Rat kann über die Einführung eines solchen Jobsucher-Tickets zwar nicht allein entscheiden. Die PDS will mit ihrem Antrag jedoch erreichen, dass die Stadt Essen gegenüber der EVAG, der Arbeitsagentur und dem JobCenter die Initiative ergreift. Für Alg II-Bezieher/innen in 1 Euro-Jobs, egal ob freiwillig oder zwangsweise, sollte das JobCenter Vereinbarungen mit den Maßnahmeträgern treffen. Die Kosten für ein Jobsucher-Ticket könnten für diesen Personenkreis aus der Verwaltungspauschale gezahlt werden.

(Gabriele Giesecke)

Sozial geht anders!
Bisky kommt
Linke Alternative für NRW
Dienstag, 26. April 2005, 19.30 Uhr, Zeche Carl
Wilhelm-Nieswandt-Allee 100, E.-Altenessen

8. Mai 1945 – Befreiung vom Faschismus

Viele Veranstaltungen zum 60. Jahrestag des Kriegsendes

Am 11. April 1945, fast 4 Wochen vor dem offiziellen Datum des Kriegsendes, war der II. Weltkrieg in Essen zu Ende. Während Nazi-Schergen noch in den letzten Tagen Deserteure hinrichteten, war der Tag für die vielen Zwangsarbeiter, für viele politisch Verfolgte und den größten Teil der Zivilbevölkerung ein Tag der Befreiung.

Etliche Veranstaltungen erinnern in den nächsten Tagen daran. „Umkämpftes Gedenken“, so heißt z.B. eine sehr empfehlenswerte Veranstaltungsreihe der Zeche Carl. Sie beginnt mit einer Veranstaltung zum Thema „Von Auschwitz zum ‚Bombenholocaust‘ – Der Kampf um die Erinne-

rungskultur“ mit Harald Welzer, Direktor des Center für Interdisciplinary Memory Research am Kulturwissenschaftlichen Institut Essen (Montag, 25.4., 19.30 Uhr) und geht bis Ende Mai.

Höhepunkt der Reihe ist das Internationale Kulturfest der Zeche Carl am 1. Mai. Es steht in diesem Jahr unter dem Motto „Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg“ und bietet neben ausreichend Gelegenheit, den Jahrestag der Befreiung zu feiern, Gespräche mit Zeitzeugen an. Eingeladen ist u.a. Ludwig Bauermann (Vorsitzender des Bundesverbandes der Opfer der NS-

Militärjustiz), der als Deserteur nur knapp dem Tode entging. Das Internationale Kulturfest an der Zeche Carl beginnt um 14.00 Uhr. Die Mai-Demonstration des DGB, bei der der Jahrestag der Befreiung vom Faschismus auch eine Rolle spielen wird, ist wie immer vormittags und starte um 10.00 Uhr auf dem Frohnhauser Markt.

Die Stadt Essen fährt Aktivitäten zum Jahrestag der Befreiung – anders als andere Städte – auf „Sparflamme“. Der Oberbürgermeister eröffnet am 9. Mai die Ausstellung „Barrieren brechen“ im Rathaus. Erfreulich ist aber, dass mehrere Bezirksvertretungen eigene Veranstaltungen planen. Diese Veranstaltungen gehen teilweise auf Initiativen der PDS zurück (siehe S. 3). (wof)

Verbieten oder was? Strategien gegen Rechts

Diskussionsveranstaltung

mit **Volker Külöw** (PDS-Landtagsabgeordneter aus Sachsen),
Prof. Dr. Wolfgang Dreßen (Forschungsschwerpunkt Neonazismus, FH Düsseldorf)
und einem Vertreter der VVN-BdA.

Montag, 9. Mai 2005, 19.30 Uhr, Zeche Carl

Breiter Protest gegen Nazi-Aufmarsch

Schüler, Gewerkschafter, Migranten und

Vertreter der Kirchen in einem Boot

Über 1.200 Menschen haben am 16.4.2005 in Essen gegen den Nazi-Aufmarsch demonstriert. Der Runde Tisch für Menschenrechte, gegen Rassismus und Rechtsextremismus hatte zu einer Kundgebung in der Innenstadt aufgerufen, mit anschließender Demonstration in den Essener Westen.

Dort hatte die Polizei den Nazi-Aufmarsch zugelassen. Parallel dazu fand eine Demonstration von Autonomen Antifaschisten, vor allem aus dem antideutschen Lager, statt, die von Rüttenscheid aus in den Essener Westen demonstrierten. Sie stießen zur Abschlusskundgebung in der Nähe des Bahnhofs Essen-West hinzu.

Den Aufruf „Essen stellt sich quer! Kein Platz für Neo-Nazis und Rechtsextremisten in unserer Stadt!“ hatten in kurzer Zeit knapp 1.000 Menschen unterschrieben. Dazu gehörten Vertreter von Gewerkschaften, Schülervertretungen, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und etliche Ratsmitglieder – ein CDU-Ratsherr war auch darunter. Aber auch 84 Beschäftigte der Karstadt-Filiale Essen-Borbeck hatten die Listen unterschrieben, fast die komplette Belegschaft. Auch das Rednerspektrum war breit: Neben Peter Gingold (VVN-BdA) und dem DGB-Vorsitzenden Dieter Hillebrand sprachen der Vorsitzende des Integrationsbeirates, Muhammet Balaban, Superintendent Helmut Keus und der Vorsitzende des Katholikenrates der Stadt Essen, Hans-Georg Kleine-Limberg.

Obwohl sich auf Initiative der PDS sowohl der Stadtrat als auch die Bezirksvertretung Essen-West einstimmig für ein Verbot des Nazi-Aufmarsches ausgesprochen hatten und zu Gegenaktionen aufgerufen hatten, fehlte das „bürgerliche Lager“ bei der Demonstration jedoch. Der Oberbürgermeister, der an einer Klausur der CDU-Ratsfraktion zu Haushaltsfragen teilnahm, lies sich von Bürgermeisterin Annette Jäger (SPD) vertreten, was bei der Kundgebung auf Kritik des DGB-Vorsitzenden stieß. Auch die SPD hatte erst einen Tag vorher offiziell aufgerufen – sehr knapp für eine wirkliche Mobilisierung.

Kein Verbot, aber, Stiefel aus!“

Der Nazi-Aufmarsch war von Andreas Reitz aus Pulheim und Siegfried Borchert (VS-Siggi“) aus Dortmund angemeldet worden. Beide sind einschlägig wegen



Volksverhetzung und verschiedener Schlägereien vorbestraft. Sie sind dem Spektrum des Kampf-bundes Deutscher Sozialisten (KDS) zuzurechnen, einer Gruppierung, die von Kennern der Szene als eher wirr eingeordnet wird. Die Demonstration, bei der auch Christian Worch sprach, sollte wohl auch einen Kontrapunkt zu der in den Kameradschaften umstrittenen Unterstützung der NPD setzen. Sie fand parallel zum Landtagswahlkampf-

Auftakt der NPD in Stolberg bei Aachen statt.

Der Polizeipräsident, der in den letzten Jahren zweimal Verbote gegen faschistische Aufmärsche ausgesprochen hat, hielt ein Verbot diesmal nicht für gerichtlich durchsetzbar. Dass die Polizei den Anmeldern aus der rechten Szene als Alternative zur ursprünglich beantragten Innenstadt jedoch ausgerechnet eine Route durch einen der dichtbesiedeltesten Stadtteile Essens anbot,



Kameradschaften verbieten!

Essen ist keine Hochburg für Nazi-Aufmärsche

Der Nazi-Aufmarsch am 16.4. hatte letzten Donnerstag ein Nachspiel. Weil sie sich in Essen von der Polizei so schlecht behandelt fühlten, hatten die Anmelder des Aufmarsches gleich zu einer weiteren Aktion aufgerufen: Gegen „Polizei-repression“. Ein „schlechter Witz“, meinte der Runde Tisch dazu.

30 Anhänger von Reitz krakeelten dann am 21.4.2005 ab 18.30 Uhr zwei Stunden lang mitten in der Innenstadt ausgerechnet auf dem Willy-Brandt-Platz, abgeschirmt durch Barrieren und ein großes Polizeiaufgebot. Insgesamt mehrere hundert Menschen protestierten lautstark dagegen.

In einer Pressemitteilung warnte der Runde Tisch davor, dass

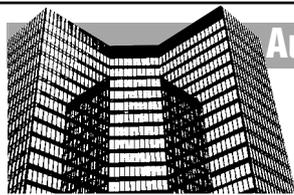
Essen zur „Hochburg“ für Nazi-Aufmärsche werden könnte und fordert ein Verbot der militanten Kameradschaften: „Der Runde Tisch ist ... der Ansicht, dass die Landesregierung und die Gerichte nicht ständig die Polizei in die Rolle des ‚Ausputzers‘ bringen dürfen. Ein Verbot der militanten Kameradschaften, die sich in Veröffentlichungen ausdrücklich in die Tradition der NSDAP stellen, und damit auch der Autonomen Nationalisten aus verschiedenen Städten in NRW ... müsste auch unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten möglich sein ... Ein solches Verbot kann das Landesinnenministerium verhängen, wie der Brandenburgische Innenminister Schönbohm erst gerade vorge-macht hat.“

stieß bei vielen auf Unverständnis. „Insbesondere die vielen Migrantinnen und Migranten, die in Frohnhausen wohnen, empfinden den Aufmarsch als Provokation“, hieß es in einer Presseerklärung des Runden Tisches. Immerhin: Die Auflagen waren scharf. Nicht nur das Rufen von Parolen wie „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ war verboten. Auch eindeutig der Szene zuzuordnende Kleidungsstücke wie Bomberjacken und Springerstiefel waren untersagt. Einige der aus ganz NRW und darüber hinaus angereisten Nazis wurden prompt vor die Alternative gestellt, barfuß mitzulaufen oder nach Hause zu fahren. Sie entschieden sich für Letzteres.

Im Stadtteil selbst stieß der von einem großen Polizeiaufgebot abgeschirmte Zug der 280 Nazis auf Protest. Der Runde Tisch hatte dazu vorher in Flugblattaktionen aufgerufen. Einige Geschäfte hatten die Plakate zur Gegen-demonstration ausgehängt. An Straßenecken und auf dem Platz der Zwischenkundgebung waren antifaschistische Losungen auf den Boden gemalt worden, an anderen protestierten Anwohner mit Transparenten. Ein besonders schönes hing quer über der Kölner Straße.

Die Demonstration des Bündnisses gegen Rechts stieß dagegen bei vielen auf Interesse. Bei der Abschlusskundgebung an der Eissporthalle protestierten viele Teilnehmer in Hörweite der Auftaktkundgebung der Nazis lautstark. Zu ernsteren Zwischenfällen kam es nicht – wenn man davon absieht, dass ein halber Stadtteil stundenlang von Hunderten von Polizisten, Polizeifahrzeugen, einem Hubschrauber usw. belagert war, damit eine bundesweit zusammengetrommelte Nazi-Truppe durch Essen demonstrieren darf.

Wolfgang Freye



Aus den Bezirksvertretungen und Ausschüssen

Sozialausschuss

Hartz IV unter der Decke

Mit ihrer Mehrheit verhinderten CDU und Grüne am 19.4.2005 die Unterrichtung des Sozialausschuss über die Auswirkungen von Hartz IV auf den Stadthaushalt. Einen entsprechenden Antrag hatten PDS und SPD unabhängig von einander gestellt. Die Sozialdezernentin hatte einen fertigen Vortrag dazu in der Tasche.

Nachzeitigem Stand wird der Stadthaushalt um 33,6 Mio. Euro entlastet, davon stammen 12 Mio. Euro aus Zuweisungen des Landes und 21,6 Mio. Euro aus Kostenersparnissen für die Stadt. Hintergrund: Die Stadt muss seit Anfang des Jahres nur noch die Mietkosten für die ehemaligen Sozialhilfe- und Arbeitslosenhilfebezieher bezahlen, die Unterhaltszahlungen übernimmt der Bund.

Mit Blick auf den Landtagswahlkampf will die CDU die Zahlen unter der Decke halten, denn sie passen nicht in die Wahlkampfstrategie gegen Rot-Grün. Die SPD wiederum will die Entlastung des Stadthaushaltes als großen Erfolg für die Hartz-IV-Reform feiern und damit von den Folgen der sogenannten Arbeitsmarktreform für die Betroffenen ablenken. So gesehen haben CDU wie SPD Grund, die Fakten über Hartz-IV zu unter der Decke zu halten.

Bei der Verschiebung eines seit einer Woche schriftlich vorliegenden Fragenkataloges der PDS waren sich CDU und SPD denn auch einig: Verschieben!

Die PDS will vor allem Auskünfte, wie die Situation für die Betroffenen ist: Wie viele Menschen – vor allem Frauen – haben ihren Krankenversicherungsschutz verloren, weil sie aus dem Leistungsbezug gedrängt wurden? Wie viele Menschen wurden oder werden in der nächsten Zeit mit Umzugsforderungen konfrontiert? Wie viele Ein-Euro-Jobber gibt es bereits in Essen und wo arbeiten sie? Wie viele wurden mit Sanktionen wie der Kürzung des Alg II belegt?

Die Fragen sollen jetzt schriftlich von der Verwaltung beantwortet werden und dem Sozialausschuss am 17. Mai vorliegen.

(Gabriele Giesecke)

Jugendhilfeausschuss Bericht über Rechtsextreme

In der JHA-Sitzung am 12. 04. 2005 wurde die Verwaltung beauftragt, einen Bericht zu erstellen, der die vorhandenen rechtsextremen Strukturen in unserer Stadt aufzeigt. Er soll mit Hilfe von Polizei, Schulen, Jugendhäusern, etc. erstellt werden. Die Ergebnisse sollen auch dem Kriminalpräventiven Rat vorgelegt werden. Natürlich soll auch von den Maßnahmen berichtet werden, die seitens der Stadt unternommen werden, um Jugendliche vor rechter Demagogie zu schützen. Der Antrag wurde von der PDS im Februar in den Rat eingebracht und von dort an den Jugendhilfeausschuss verwiesen. Der hat ihn einstimmig angenommen.

(Markus Renner)



Bezirksvertretungen Protest gegen Mittelkürzungen

Mehrere Bezirksvertretungen haben sich entschieden dagegen gewendet, dass der Kämmerer der Stadt angesichts der schlechten Kassenlage der Stadt auch bei ihnen eine Kürzung der Mittel vorgenommen hat. Von allen Sachmittel, die die Stadt verausgabte, hat der Kämmerer bis auf Weiteres 10 % einbehalten, das sind 34.525 Euro je Bezirk. In einem Brief der Bezirksvertretung III heißt es:

„Schon heute reichen die der Bezirksvertretung III zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel nicht aus, den bezirksbezogenen Aufgabenstellungen in Gänze gerecht zu werden. Die Bezirksvertretung III hat deshalb erst in der letzten Sitzung der Bezirks-

vertretung darauf hingewiesen, dass eine Aufstockung der Mittel erforderlich ist, um die Stadtteile zu stärken ...

Die Bezirksvertretung III hat sich in der Februar-Sitzung zum wiederholten Male für eine Änderung des jetzigen Verteilungsschlüssels der Gelder für die Bezirksvertretungen ausgesprochen, der bei der Mittelzuweisung die Einwohnerzahl und die unterschiedlichen Strukturen in den Bezirksvertretungen berücksichtigt.“

(Wolfgang Freye)

Bezirk II

Historischer Stadtrundgang

Zu Ehren des 60. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus plant die BV II einen Stadtrundgang zu den historischen Orten der Verbrechen der Nazidiktatur. Dies ist das Ergebnis eines Antrages der PDS in der BV II-Sitzung am 7. April. Einen Rundgang dieser Art mit dem Stadthistoriker Ernst Schmidt hat die Bezirksvertretung vor etlichen Jahren bereits einmal durchgeführt, bei dem Orte wie das Montagsloch und Stätten von Zwangsarbeiterlagern aufgesucht wurden.

Alle Bezirksvertreter waren damit einverstanden, diesen Rundgang jetzt aus Anlass des 60. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus zu wiederholen.

Die Bezirksvertretung III wird – wie berichtet – am 3. Mai um 11.30 Uhr eine Gedenkveranstaltung an dem von ehemaligen Zwangsarbeitern an der Nöggerathstrasse errichteten „Friedenskreuz“ durchführen. Die Bezirksvertretung IV hat auf Antrag der PDS eine Aktion zur Verlegung von Stolpersteinen geplant. Die Stolpersteine werden von SPD, Grünen, PDS und CDU gespendet. (Cornelia Seltmann, Red.)

Gewerkschaften vor den Kopf gestoßen

Schluss mit lustig – das scheint die Devise der Stadtspitze gegenüber den Arbeitnehmervertretungen zu sein. Schon bei einer Sitzung des Ältestenrates im Januar hat Oberbürgermeister Dr. Reiniger (CDU) angekündigt, dass er den Arbeitnehmerempfang für Vertreter der Gewerkschaften und Betriebsräte abschaffen will. Ab nächstem Jahr soll es nur noch einen Neujahrsempfang der Stadt für alle gesellschaftlichen Gruppen geben – Kulturschaffende, Handel, Unternehmen usw. Kurz vor dem diesjährigen Empfang ist diese Absicht dann doch noch breiter in die Diskussion gekommen. Die Gewerkschaften sehen die Überlegung als Affront an. Tatsächlich gibt es den Empfang seit 1968. Er war nicht mehr als ein Zeichen der Wertschätzung, aber auch nicht weniger. Und dass die Gewerkschaften die Absicht nur durch Dritte bzw. durch die Presse erfuhren, ist schon der zweite Affront. (wof)

Termine

Samstag, 30.4.

NRW 2010 – Linke Perspektiven zum Strukturwandel. Workshop der PDS-Fraktion im RVR und des PDS-Landesvorstandes mit Dr. Hermann Böhmer, Roland Günther, Helmut Holter u.a. 10.00 Uhr, Revierpark Nienhausen, Gelsenk./Stadtgrenze Essen

Sonntag, 1.5.

Mai-Demonstration des DGB. 10.00 Uhr, Frohnhauser Markt; Kundgebung 11.00 Uhr Kennedyplatz, u.a. mit Berthold Huber, Stellv. Vors. der IG Metall Internationales Maifest: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Ab 14.00 Uhr, Zeche Carl

Montag, 2.5.

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro, An St. Marien 1

Dienstag, 3.5.

Feiner Staub und dicke Luft – Fahrverbote in Essen? Veranstaltung der Reihe „Essen kontrovers“. 19.00 Uhr, Volkshochschule, Burgplatz 1 Mörder unterm Edelweiß. Verbrechen und Traditionspflege der Gebirgsjäger der deutschen Wehrmacht. Veranstaltung der Reihe „Umkämpftes Gedenken“. Mit dem Historiker Stephan Stracke. 19.30 Uhr, Zeche Carl

Montag, 9.5.

Verboten oder was? Strategien gegen Rechts. Diskussionsveranstaltung der PDS mit Volker Külöw (PDS-Landtagsabgeordneter aus Sachsen), Prof. Dr. Wolfgang Dreßen (Forschungsschwerpunkt Neonazismus, FH D'dorf) und einem Vertreter der VVN-BdA. 19.30 Uhr, Zeche Carl

Dienstag, 10.5.

PDS-Kreisvorstand. 19.30 Uhr, PDS-Büro

Mittwoch, 11.5.

PDS-Mitgliederversammlung. 19.30 Uhr, Haus Kalthoff, Lenbachstr. 3

Donnerstag, 12.5.

Runder Tisch für Menschenrechte, gegen Rassismus und Rechts extremismus. 19.00 Uhr, Interkulturelles Zentrum/Antirassismus-Telefon, Maxstr. 11

Montag, 16.5.

PDS-Ratsgruppe. 18.30 Uhr, PDS-Büro

Donnerstag, 19.5.

Stopp Zwangsumzüge in Essen – Sicheres Wohnen für alle! Veranstaltung der Mietergemeinschaft Essen. 19.00 Uhr, Volkshochschule

Sonntag, 22.5.

Landtagswahl – PDS wählen gehen!

Bestellschein:

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der PDS-Gruppe im Rat der Stadt Essen erhalten. Bitte schicken Sie das „Stadtrotinfo“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname Straße

.....
Postleitzahl, Ort

Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0201-8602904.

Impressum:

„Stadtrotinfo“, Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Essen, An St. Marien 1, 45141 Essen.

Tel. 0201-8602904, Fax 0201-8602906,

www.pds-essen-im-rat.de, e-mail: buero@pds-essen-im-rat.de

Offene Fragen zur Offenen Ganztagschule

Die PISA-Studie macht es deutlich: Ganztagschulen sind das bessere Schulsystem. Denn die vorderen Plätze in der Studie belegen die skandinavischen Länder, in denen zum einen die Ganztagschule schon seit Jahren Standard ist und zum anderen die Klassen vom 1. bis mindestens zum 9. Schuljahr durchgängig in einem Klassenverband bleiben.

Darum ist es nur begrüßenswert, wenn auch bei uns die Offene Ganztagschule (OGS) eingeführt werden soll. Allerdings lässt die Umsetzung in Essen einige Wünsche offen.

So ist es aus bildungspolitischer Sicht nicht vertretbar, zur Finanzierung der OGS die Horte zu schließen. Dies kritisiert auch der Personalrat der Stadtverwaltung Essen in einer Stellungnahme vom 12.4. 2005. In dieser Stellungnahme wird darauf hingewiesen, dass die Horte eine hochwertige pädagogische Arbeit



leisten. Sie sollten nur dann geschlossen werden, wenn garantiert werden kann, dass die OGS diesen Qualitätsstandard erreicht hat. Dies dürfte jedoch schwierig werden, wenn man bedenkt, dass pro 25 Kinder nur eine pädagogische Fachkraft vorgesehen ist. Diese Fachkraft soll die Kinder bei Problemen unterstützen, sie soll sie motivieren und erzieherisch einwirken. Dies dürfte bei

diesem Schlüssel schwer möglich sein.

Ein weiteres Problem ist die Entgeltordnung. Sie richtet sich nach dem Elterneinkommen und ist vierfach gestaffelt, von beitragsfrei bis hin zu 100 Euro im Monat. Problematisch ist hierbei, dass die Einkommensgrenzen zur Festlegung der Elternbeiträge zu weit auseinander liegen und die Beiträge in zu großen Schritten stei-

gen. Hier muss nachgebessert werden.

Auch die Verkostung der Kinder wird nicht befriedigend gewährleistet, da die Stadt Essen, ohne eine nachvollziehbare Begründung anzugeben, den Kindern frisch zubereitetes Essen verweigert. Es sind reine Ausgabeküchen geplant, in denen Massenessen aus Großkantinen aufgewärmt werden soll. Es ist bekannt, dass in diesem „Junk Food“ massenhaft Geschmacksverstärker, Zuckerarten und Zuckeraustauschstoffe sowie Konservierungsstoffe enthalten sind. Dieses Essen ist ungesund und trägt nachweislich zur Verfettung unserer Gesellschaft bei. Frisch kochen, das ist bewiesen, ist nicht teurer.

Die aufgezählten Probleme zeigen, dass vieles an der Umsetzung verbessert werden muss. Der eingeschlagene Weg jedoch ist der Richtige.

Markus Renner

Kommunale Härtefallkommission sinnvoll

Handlungsspielräume gegen Abschiebungen nutzen!

In einer Nacht- und Nebelaktion morgens um 6.00 Uhr hat die Stadt Essen hat die Stadt vor kurzem wieder zwei in Essen aufgewachsene libanesische Jugendliche abgeschoben. Die Eltern, die bei der Einreise in die Bundesrepublik angeblich die falsche Staatsbürgerschaft angegeben haben, waren nicht zu Hause.

Obwohl Oberbürgermeister Dr. Reiniger in seiner Rede zum Amtsantritt im Oktober vergangenen Jahres angekündigt hatte, es nicht mehr „hinnehmen“ zu wollen, dass integrierte Kinder und Jugendliche abgeschoben werden, hat sich offensichtlich nichts geändert. So gibt es immer noch eine Sonderarbeitsgruppe zur Überprüfung der Fälle ungeklärter Staatsbürgerschaft hat – fünf Jahre, nachdem der damalige Ordnungsdezernent Ludger Hinsen die Diskussion losgetreten hat, mit nur geringem Erfolg.

„Wir halten es für einen besonderen Skandal, dass die von einer

Abschiebung Bedrohten noch nicht einmal über die Möglichkeit aufgeklärt werden, die Härtefallkommission des Landes anzurufen“, so PDS-Ratsfrau Gabriele Giesecke. „Nach der Härtefallregelung im Aufenthaltsgesetz sind nämlich durchaus Abweichungen von der Rechtslage möglich. Auch Gerichtsurteile, z.B. vom Verwaltungsgericht Stuttgart, sehen eine feste Integration in die hiesige Gesellschaft inzwischen als ‚besondere Härte‘ und Abschiebehindernis an.“

Statt die Sonderarbeitsgruppe zur Überprüfung der Fälle ungeklärter Staatsangehörigkeit auf-

recht zu erhalten und immer neue Nachforschungen bei Konsulaten anzustellen, wäre es nach Ansicht der PDS-Ratsgruppe sinnvoll, auch auf der kommunalen Ebene eine Härtefallkommission einzurichten. Sie könnte in enger Zusammenarbeit mit der Härtefallkommission des Landes und unter Einbeziehung von Vertretern von Initiativen der Flüchtlingshilfe Probleme vor Ort schon vor der Einleitung von Rechtsschritten klären.

Nicht nur der Oberbürgermeister, auch die Parteien CDU und B. 90/Grüne müssten übrigens tätig werden. In ihrer Koalitionsvereinbarung haben CDU und Grüne nämlich vereinbart: „Beide Partner begrüßen die Vorstellungen des Oberbürgermeisters, lange hier lebende und gut integrierte

Familien mit Kindern aus humanitären Gründen nicht abschieben zu wollen und unterstützen ihn in diesem Vorhaben.“

Pro Asyl will einen Appell in den Integrationsausschuss einbringen, in dem die Stadt aufgefordert wird, Handlungsspielräume gegen Abschiebungen endlich zu nutzen und die besondere Schnüffelpraxis der Sonderarbeitsgruppe endlich einzustellen.

In Essen sind derzeit immer noch mehrere hundert Flüchtlinge von Abschiebung bedroht, die aus dem Libanon eingereist sind, deren Staatsbürgerschaft aber als ungeklärt gilt. Viele von ihnen leben seit 20 Jahren hier. 70 % der staatenlosen Libanesen sind entweder hier geboren oder als Kinder eingereist.

(nach: Pressemitteilung)